

2 Schnelle Hilfe
Ukrainische Kinder in niedersächsischen
Schulen integrieren

6 Abschlussbericht
Niedersachsen ist das Land des Ehrenamts

8 3 Fragen an Dr. Bernd Althusmann
Unabhängigkeit von russischen Energie-
importen – das muss das Ziel sein



SOLIDARITÄT UND BEISTAND FÜR DIE UKRAINE

EDITORIAL



Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine führt auch bei uns in Niedersachsen zu einer völligen Neubetrachtung vieler politischer Themen.

Der Schutz unserer Infrastruktur, die Aufnahme geflüchteter Personen, die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizenergie und Kraftstoff, die Aufrechterhaltung der Handelswege und Lieferketten sind nur einige der Herausforderungen, die vor uns liegen. Der Klimawandel und die Pandemie stellen uns zusätzliche Aufgaben.

Vielleicht ist diese schwierige Zeit eine Chance, sich wieder deutlich mehr auf wesentliche politische Fragen und Lösungen zu konzentrieren.

Die Demokratie und der Föderalismus stehen vor einer wichtigen Bewährungsprobe. Die Zeit der Populistinnen und Populisten ist vorbei.

Jetzt sind besonnene Entscheidungen gefragt. Ich bin mir sicher, dass wir mit unserem politischen System diese Herausforderung meistern werden!

Jens Nacke

Jens Nacke
Parlamentarischer
Geschäftsführer

BILDUNGSSYSTEM VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Schnelle Hilfe für ukrainische Kinder in den Schulen



Der Krieg in der Ukraine stellt unser Bildungssystem wieder einmal vor neue Herausforderungen, auf die wir als Landespolitik schnell reagieren müssen. Neben einem Fokus auf die Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen gilt es insbesondere einen psychologisch-pädagogischen Schwerpunkt für Schule als sicheren Ort und Raum für Normalität zu setzen. Nur damit kann eine gewünschte Integration schnell und erfolgreich gelingen.

DIGITALE ANGEBOTE AUS DER UKRAINE NUTZEN

„Wir müssen neben einem auf Integration ausgerichteten Bildungsangebot auch die noch funktionierenden Systeme und Angebote des ukrainischen Distanzunterrichts möglich machen. Die dafür nötigen Voraussetzungen sind durch das Kultusministerium zu schaffen. Das geht los mit digitalen Endgeräten für Distanzunterricht, mit der Schaffung notwendiger Räumlichkeiten und natürlich mit der schnellen Gewinnung von Personal“, so der bildungspolitische Sprecher Christian Fühner.

Nach Aussage der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Tybinka ist ein solcher Distanzunterricht im Interesse des ukrainischen Bildungsministeriums und die dafür erforderlichen technischen und didaktischen Voraus-

setzungen auf ukrainischer Seite stehen bereit.

„Unsere Hausaufgaben sind damit klar umrissen - solange es ein Angebot aus der Ukraine gibt, sollte dies auch in Niedersachsen abrufbar sein. Wir können so ein Stück Heimat und Vertrautheit in der Fremde vermitteln und zugleich Schulen und Lehrkräfte in Deutschland durch die Unterstützung aus dem Heimatland der Kinder und Jugendlichen entlasten“, meint Fühner.

Ebenso wichtig sei es, den Schulen schnell Muttersprachler zur Seite zu stellen. „Ukrainischen Lehrkräften und pädagogischem Personal wollen wir ermöglichen, die Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine zu unterstützen“, so Fühner.

Die CDU fordert vor diesem Hintergrund ein Konzept der Landesregierung, wie diese Kräfte schnell in niedersächsischen Schulen eingesetzt werden können, um die deutschen Lehrkräfte zu unterstützen. Aufwendige Anerkennungsverfahren sollen für diesen zeitlich befristeten Einsatz ausgesetzt werden.

„Was wir jetzt brauchen sind Lösungen und keine bürokratischen Hürden“, fordert Fühner, „um im Schulterschluss mit der ukrainischen Bevölkerung, insbesondere den Kindern und Jugendlichen, in dieser schwierigen Situation nach vorne zu blicken.“

KRIEG IN DER UKRAINE

CDU-Fraktion bekräftigt Solidarität mit der Ukraine

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hält seit mehr als vier Wochen die Welt im Atem. Die schrecklichen Bilder aus den zerstörten Städten, die die Zivilbevölkerung extrem in Mitleidenschaft ziehen, erreichen uns in Niedersachsen gerade über die sozialen Medien. Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion haben frühzeitig ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine zum Ausdruck gebracht und den Angriff Russlands auf den Nachbarstaat scharf verurteilt.



Bernd Althusmann, stellv. Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender hat dazu erklärt: „Wir erleben mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine aktuell die bitterste Stunde Europas seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Krieg ist zurück in Europa. Es ist auch ein Angriff auf die freiheitlich demokratischen Länder Europas! Jeder Demokrat muss nun an der Seite der Ukraine stehen. Die deutsche und die europäische Sicherheitspolitik müssen grundlegend überdacht werden, damit den Worten der Betroffenheit auch Taten folgen!“

„Die russische Aggression in Europa hat auch sehr konkrete Auswirkungen auf uns in Niedersachsen. Menschlich, aber auch für unsere Sicherheit und die Wirtschaft. Unternehmen, wie zum Beispiel VW, spüren die Auswirkungen der Produktionsausfälle in der Ukraine“, ergänzt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer.

FLÜCHTLINGE MÜSSEN BETREUT UND GESCHÜTZT WERDEN.

„Es kommen enorme Aufgaben auf uns zu, die wir bewältigen müssen und werden. Über 4 Millionen Menschen sind bereits aus der Ukraine geflohen – die meisten von ihnen Frauen und Kinder, die ihre kämpfenden Väter und Ehemänner zurücklassen mussten. Diesen Menschen werden wir in Niedersachsen helfen“, so der CDU-Landesvorsitzende Bernd Althusmann.

Fraktionsvorsitzender Dirk Toepffer weist in diesem Zusammenhang auf die Sicherheit der Flüchtlinge hin:

„Die Bundesregierung muss schnellstmöglich ein Schutzkonzept entwickeln, das die Sicherheit von Frauen und Kindern auf der Flucht in Deutschland sicherstellt. Dazu gehört auch, dass alle Flüchtlinge registriert werden. Ebenso müssen alle Unterbringungsmöglichkeiten, besonders private Quartiere, registriert und geprüft werden. Der Missbrauch der Notlage der Frauen und Kinder muss verhindert werden.“

UNABHÄNGIGKEIT VON RUS- SISCHER ENERGIE SCHNELL REDUZIEREN

„Ich plädiere dafür, dass wir uns gemeinsam und in einem europäischen Kraftakt so schnell und so konsequent wie möglich von der Abhängigkeit von russischer Energie befreien. Denn dieses gemeinsame und konsequente Handeln ist unsere stärkste Waffe gegen den russischen Angriffskrieg und den Aggressor Putin“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Ulf Thiele.

„Dazu gehört, dass wir aufhören müssen über ein beschleunigtes Planungs- und Genehmigungsrecht nur nachzudenken. Wir müssen es jetzt umsetzen! Wir können uns für die LNG-Terminals in Stade und Wilhelmshaven und das Leitungsnetz dahinter keinen Planungs- und Genehmigungszeitraum von zehn Jahren leisten. Wir müssen in zwei Jahren fertig werden“, fordert Thiele.

AUS DEM PLENUM

Ukraine, Ernährungssicherheit und europäische Partnerschaften

Die März-Sitzung des Niedersächsischen Landtages stand ganz im Zeichen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Neben einer Regierungserklärung erfolgte eine umfassende Unterrichtung der Abgeordneten durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann. Er wies in seiner Rede auf die komplexen weltweiten Lieferketten hin und erörterte die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Rohstoffen zur Energiegewinnung.



Dr. Marco Mohrmann

LANDWIRTSCHAFT & ERNÄHRUNG MIT BESONDEREM STELLENWERT

„Der russische Angriffskrieg in Europa führt uns sehr deutlich vor Augen, dass Landwirtschaft und Ernährung einen ganz besonderen Stellenwert haben. Einen Stellenwert, der vor dem Hintergrund jahrzehntelang voller Kühlschränke, noch ziemlich günstig dazu, in der gesellschaftlichen Debatte aus dem Fokus geraten ist“, erklärte der Abgeordnete Marco Mohrmann in der eigens durch die CDU-Landtagsfraktion angeregten aktuellen Stunde zum Thema Ernährungssicherheit. Die Ukraine sei die Kornkammer Europas und maßgeblicher Lieferant für Futtermittel, konventionell wie bio. Deren Ausfall treibe die Preise weltweit nach oben. Dies bedeute neben steigenden Energiekosten zusätzliche Belastungen für die Menschen über stark steigende Lebensmittelpreise.

Die Verantwortung der Politik liege darin, das Getreideangebot nicht noch weiter zu verknappen und die Preisspirale anzuheizen. Die Politik müsse jetzt die nötigen Konsequenzen ziehen und bereits geplante Maßnahmen im Agrarbereich neu bewerten. „Wir wollen die Vereinbarungen aus der nächsten Runde der Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik auf den Prüfstand stellen und fordern im ersten Schritt eine Verschiebung der Maßnahmen der Agrarreform um ein Jahr, eine Abkehr von 4% begrünungsloser Stilllegung und eine konsequente Politikfolgenabschätzung bezüglich der Farm-to-fork-Strategie innerhalb des Green Deals“, so Mohrmann.

ZUSAMMENARBEIT MIT SCHOTTLAND VERBESSERN

Im Zeichen der kriegerischen Auseinandersetzung mitten in Europa setzt die CDU-Landtagsfraktion auf Partnerschaften in Europa. Mit Schottland soll diese ausgebaut werden, wie der europapolitische Sprecher der Fraktion Stephan Siemer betont. „Niedersachsen hat viele Partner auf dieser Welt. Insgesamt pflegt das Land mit insgesamt zwölf Partnerregionen partnerschaftliche Beziehungen. Wir möchten daher auch Schottland und dem schottischen Parlament eine enge Zusammenarbeit anbieten, die weit über einen Jugendaustausch hinausgeht.“

Eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Schottland entspricht dabei einer europäischen territorialen Zusammenarbeit, die die Aktivitäten auf nationaler Ebene ergänzt. Gemeinsam gilt es, Herausforderungen zu begegnen, die nicht an Grenzen haltmachen und daher grenzübergreifende Lösungen erfordern. Dazu wurde ein Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht.

„Gerade nach dem Brexit gilt es, die Beziehungen zu Schottland weiter aufrecht zu erhalten. Der Europaausschuss konnte bereits im Jahr 2018 auf der britischen Insel erfahren, dass Schottland einen engen Austausch mit Europa und der EU sucht, denn Schottland sind seine internationalen Verbindungen in Politik, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Kultur sehr wichtig“, so Siemer.



Dr. Stephan Siemer



Foto: Focke Strangmann



Ulf Thiele

ABHÄNGIGKEIT VON RUSSLAND SCHNELLSTMÖGLICH REDUZIEREN

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ulf Thiele ging in seiner Rede verstärkt auf die Abhängigkeit von Russland in gewissen Bereichen ein und plädierte dafür, diese schnell zu beenden:

„Der grausame Krieg in der Ukraine ist eine Stunde der Wahrheit für Europa und auch für Deutschland. Wer dem ukrainischen Präsidenten voller Respekt und stehend um seiner Entschlossenheit willen applaudiert, der muss jetzt klug und konsequent handeln. Ich plädiere dafür, dass wir uns gemeinsam und in einem europäischen Kraftakt so schnell und so konsequent wie möglich von der Abhängigkeit von russischer Energie befreien. Denn dieses gemeinsame und konsequente Handeln ist unsere stärkste Waffe gegen den russischen Angriffskrieg und den Aggressor Putin.“

Für ihn steht fest, dass sich Deutschland schnellstmöglich und so weit wie möglich aus der Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Land befreien muss, das gegen die Ukraine einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führt und welches auch unsere Freiheit bedroht. Denn Energieversorgungssicherheit ist auch die zentrale Frage einer künftigen Sicherheitspolitik.

„Deshalb muss es uns jetzt in einer europäischen Kraftanstrengung gelingen, jedes Barrel Öl, jeden Kubikmeter Gas und jede Tonne Kohle aus Russland zu ersetzen. Unser Ziel muss es sein, schnellstmöglich den Geldfluss aus dem Verkauf fossiler Energieträger in die russische Kriegskasse zu stoppen“, so Thiele. Dafür seien marktwirtschaftliche Instrumente sinnvoll – beispielsweise eine Strafsteuer auf alle russischen Rohstoffe, die den Gewinn vollständig abschöpft. Daneben werden kurz- und mittelfristige Alternativen benötigt, bei denen alle Optionen neu geprüft werden müssten. Es dürfe keine Denkverbote geben. Denn die Aufgabe sei, schnellstmöglich knapp 30 Prozent unseres Energiebedarfs statt aus Russland aus alternativen Quellen zu decken.

ABSCHLUSSBERICHT „RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DAS EHRENAMTLICHE ENGAGEMENT VERBESSERN“

Niedersachsen ist das Land des Ehrenamts

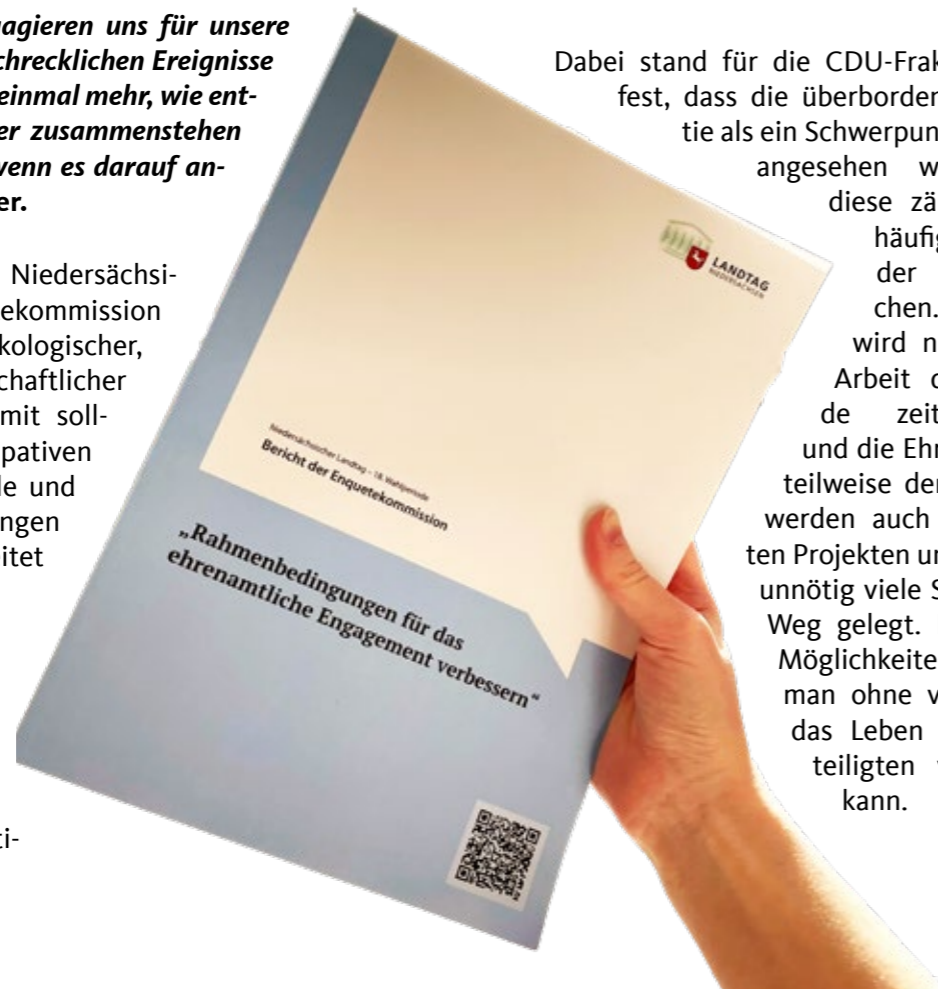
„Das ehrenamtliche Engagement in Niedersachsen ist ungebrochen groß. Unser aller Alltag ist wesentlich von und durch Ehrenamt geprägt. Kurz gesagt: Ehrenamt betrifft uns alle, Ehrenamt ist sinnstiftend, Ehrenamt macht Spaß und wir alle wissen es, ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen“, so der Obmann der CDU-Fraktion in der Enquete-Kommission, Jörn Schepelmann bei der Aussprache des Abschlussberichtes der Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ im Niedersächsischen Landtag.



„Wir Niedersachsen engagieren uns für unsere Mitmenschen. Und die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine beweisen einmal mehr, wie entschlossen wir füreinander zusammenstehen und anpacken können, wenn es darauf ankommt“, betont er weiter.

Im Juni 2020 setzte der Niedersächsische Landtag die Enquetekommission vor dem Hintergrund ökologischer, sozialer und gesellschaftlicher Veränderungen ein. Damit sollte mittels eines partizipativen Verfahrens institutionelle und zeitgemäße Verbesserungen des Ehrenamtes erarbeitet werden.

Mit dem jetzt vorgelegten Abschlussbericht der Kommission ergeben sich wesentliche bessere Perspektiven für die ehrenamtlich tätigen Menschen.



Dabei stand für die CDU-Fraktion schnell fest, dass die überbordende Bürokratie als ein Schwerpunkt der Arbeit angesehen wurde, denn diese zählte zu den häufigsten Klagen der Ehrenamtlichen. Hierdurch wird nicht nur die Arbeit der Vorstände zeitaufwendiger und die Ehrenamtlichen teilweise demotiviert. Es werden auch oftmals guten Projekten und Initiativen unnötig viele Steine in den Weg gelegt. Hier gibt es Möglichkeiten, durch die man ohne viel Aufwand das Leben für alle Beteiligten vereinfachen kann.

STATEMENTS DER MITGLIEDER DER ENQUETE-KOMMISSION



Eike Holsten, stellv. Vorsitzender

„Kleine Vereine müssen bei der Digitalisierung unterstützt werden. Bei Ausstattung, aber insbesondere auch bei der Qualifikation, sprich den Schulungen, die man dafür bereitstellen muss. Dazu haben wir den Einstieg bereits über den Digitalbonus des Landes Niedersachsen geschafft.“

Rainer Fredermann

„In der Kommissionsarbeit haben wir festgestellt, dass die datenschutzrechtlichen Anforderungen die Vereine vor große Herausforderungen stellt. Daher favorisiert die CDU den bayerischen Weg. Das heißt: Hilfen statt Strafen und sachgerechte Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung mit Augenmaß.“



Veronika Koch

„Die Einführung des Transparenzregisters bereitet unseren Vereinen und Vorstandsvorsitzenden großen Kummer. Es gibt wieder neue Behördenpost, es gibt neue Gebühren. Es geht hin bis zur Androhung von Bußgeldern. Das braucht kein Mensch und das braucht man insbesondere auch nicht im Ehrenamt.“

Frank Oesterhelweg

„Ehrenamt ist wichtig für uns alle, für den Einzelnen, für die ganze Gesellschaft. Deswegen ist es unsere Aufgabe, Ehrenamt zu fördern, zumindest nicht zu behindern. Dazu gehört Bürokratieabbau beim Datenschutz oder bei Fördermaßnahmen.“



Marcel Scharrelmann

„Viele von uns engagieren sich heute eher fluid, projektbezogen, in Vereinsstrukturen und in bürgerschaftlichen Initiativen. Diese Initiativen wollen wir weiter stärken. Die Freiwilligenagenturen sind dabei ein wichtiges Netzwerk, was wir stärken und ausbauen wollen. Und zwar gemeinsam mit den Kommunen und dem Land.“

Jörn Schepelmann, Obmann der CDU-Fraktion

„Als Land haben wir mit den VGH Versicherungen einen Rahmenvertrag, der umfassenden Versicherungsschutz für all die Ehrenamtlichen in unserem Land bietet. Diesen Rahmenvertrag wollen wir um eine Vermögens- und Veranstalterhaftpflicht, eine Dienstreisekasko sowie eine Rechtsschutzversicherung ergänzen.“



3 FRAGEN AN...

Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann



Der Ukraine-Krieg und die daraufhin beschlossenen europäischen Sanktionen gegen Russland belasten auch die niedersächsische Wirtschaft immens. Wie schätzt das Land die Lage ein?

Der brutale russische Überfall auf die Ukraine ist auch ein Krieg gegen die freiheitlichen Werte Europas. Deutschland ist ein weltoffenes, ein mitfühlendes Land – die Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Flüchtlingen ist überwältigend und verdient unseren größten Dank. Wir dürfen aber auch unsere Wirtschaft nicht vergessen. Auch hier sind schnelle Hilfen notwendig, um die Auswirkungen des Krieges in Osteuropa abzufedern. Ganz gleich, ob Automobil-Zulieferer, Maschinenbau, Chemieunternehmen, Ernährungswirtschaft oder Handwerksbetriebe: Nahezu alle Branchen bekommen die Folgen des Krieges empfindlich zu spüren. Es fehlen Roh- und Baustoffe, Lieferketten sind unterbrochen. Zentrales und dominierendes Thema ist bei fast allen Unternehmen die Energieversorgung. Manche Wirtschaftsexperten prognostizieren eine Rezession. Wir müssen in Deutschland deshalb schnell für zweierlei sorgen: Kurzfristig gilt es, den Kreis der Importeure zu vergrößern, mittelfristig muss die weitgehende Unabhängigkeit von Energieimporten das Ziel sein. Europa zahlt derzeit für Energielieferungen aus Russland rund 800 Millionen Euro täglich. Das sehe ich mehr als kritisch. Als Wirtschaftsminister sehe ich aber auch die dramatischen Folgen, die ein Liefer- oder Abnahmestopp für unsere Volkswirtschaft und viele Arbeitsplätze hätte. Das ist ein moralisches Dilemma.

Stichwort Energieversorgung: Wie weit sind die Planungen von LNG-Terminals?

Niedersachsen bietet mit Stade und Wilhelmshaven beste Voraussetzungen für Deutschlands erstes LNG-Terminal. Wilhelmshaven hat den Vorteil eines optimalen Seeweges. Stade hat eine starke chemische Industrie, die zukünftig sicher versorgt sein will. Beide Standorte sind also als gleichwertig zu betrachten und bestens geeignet, Eckpfeiler der zukünftigen Energieversorgung Deutschlands zu bilden. An beiden Standorten könnten möglicherweise schon Ende 2022, Anfang 2023, „Floating Storage and Regasification Units“ (FSRU), Gasspeicher-Schiffe, zum Einsatz kommen, die im Vergleich zu LNG-Terminals an Land schneller realisiert werden und erste Gaslieferungen über den Seeweg aufnehmen könnten. Klar ist aber auch: Das Land kann eine solche Investition nicht alleine stemmen. Hier ist der Bund gefordert, schließlich sind LNG-Terminals von nationaler Bedeutung.

Welche Folgen hat der Krieg für die niedersächsischen Betriebe und wie kann ihnen geholfen werden?

Nach den Einbußen durch die Corona-Pandemie leiden viele Unternehmen jetzt erneut. Der Bund und die Länder müssen die Wirtschaft schnell und umfassend zu unterstützen – gerade der Bund ist bisher viel zu zögerlich. Wir hingegen haben in Niedersachsen erste schnelle Maßnahmen ergriffen: sei es mit der kostenfreien ÖPNV-Nutzung für Geflüchtete, Sonntagsfahrgenehmigungen für Lkw oder Erleichterungen im Vergaberecht. Zur weiteren Koordinierung habe ich im MW eine Taskforce Ukraine eingesetzt, um die Maßnahmen abteilungsübergreifend zu koordinieren. Doch wir brauchen ein Programm mit bundesweiter Wirkung. Die Senkungen von Strom-, Mehrwert- und Mineralölsteuer müssen von der Ampelkoalition schnell umgesetzt werden, und ebenso brauchen wir eine Energiepreiskontrolle für den Mittelstand. Das Paket der Ampel scheint mir noch nicht ausreichend durchdacht. Bei mancher erhoffen Entlastung ist die Umsetzung fragwürdig. Der Bezug des Kurzarbeitergeldes muss mindestens bis zum Ende des Jahres erleichtert, ein bundesweiter Sonderfonds für Ukraine-Folgen aufgelegt und ergänzende Hilfsprogramme gestartet werden, speziell für die Logistikbranche. Wir dürfen aber nicht vergessen: Unsere Sorgen sind im Vergleich zu denen der Ukrainerinnen und Ukrainer relativ. Und in jeder Krise liegt auch eine Chance: Es ist eine Zeit des Übergangs weg von der Zeit des steten und schnellen, fast unbegrenzten Wachstums und hin zu Sicherheit, Verantwortungsbewusstsein und Freiheit. Der Koalitionsvertrag ist Makulatur. Wir müssen unsere Energieversorgung und unsere Sicherheit neu aufstellen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU Fraktion Niedersachsen
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL (Parl. Geschäftsführer)

Redaktion:

Sabine Busse
Johanna Wallbaum
Ralph Makolla
Doreen Helms
Jens Thurow

Die Fraktion auf Facebook & Instagram:

www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds
www.instagram.com/cdu.fraktion.nds

TERMINE

19. April Fraktionssitzung

25. April Pressekonferenz Runder Tisch Landwirtschaft

26. April Fraktionsvorstand

26. April Fraktionssitzung

Bildnachweis: Jens Nacke, Dirk Toepffer, Dr. Bernd Althusmann, Tobias Koch - alle anderen Bilder pixabay.com, AdobeStock und CDU-Landtagsfraktion.